

## Die Senioren-Union greift aktuelle Themen auf



Bei einem Arbeitstreffen der Vorstandschaft der Senioren-Union Dingolfing-Landau diskutierten die Anwesenden angeregt über Themen, die besonders der älteren Generation am Herzen liegen. Eines dieser Themen betraf den Pflegenotstand in den Altersheimen. Folgt man der demographischen Entwicklung, wird die Zahl der Pflegebedürftigen bis 2030 bundesweit um 47 Prozent auf dann 3,4 Millionen Menschen steigen und somit eine halbe Million Pflegekräfte fehlen. Besonders hart trifft es die Region München und die nord- und ostbayerischen Landkreise, die schon länger unter der Abwanderung der Jüngeren zu leiden haben. Die düstere Prognose basiert außerdem auf der Tatsache, dass immer weniger Pflegebedürftige von Angehörigen versorgt werden. Die Pflegedienstleistungen berichten vielfach von großen Schwierigkeiten, qualifiziertes und engagiertes Personal zu finden und beklagen sich über hohe Personalfuktuation. Hierbei dürfte sich auch die Privatisierung vieler Altenheime und die damit verbundene geringere Bezahlung der Pflegekräfte auswirken. Bemängelt wird auch der bürokratische Arbeitsaufwand bei ambulanten Pflegediensten, der oft nur sehr knapp bemessene Zuwendung für die Pflegebedürftigen zulässt.

Ein weiteres Thema, das nicht nur ältere Personen betrifft, wurde in der Diskussionsrunde erörtert: Der Ärztenotstand auf dem Land. Wie man weiß, ist jeder vierte Arzt in Bayern über 60 Jahre alt. In Niederbayern finden knapp die Hälfte der Praxen keine Nachfolger mehr. Wie das Problem der ärztlichen Versorgung auf dem Land künftig aussehen wird, gibt ebenso zu denken wie der Ärztemangel in den Kliniken. Bayern steht hier an fünfter Stelle der Mängelliste mit 159 offenen Stellen pro 1 Million Einwohner. Die Situation ist mittlerweile prekär. In keinem einzigen Bundesland kann mittlerweile von einer ausreichenden ärztlichen Versorgung gesprochen werden. Der Sparkurs in den Kliniken lässt immer mehr Ärzte in das Ausland fliehen. Dort wird oft das dreifache verdient. Von den Anwesenden wurde außerdem bemängelt, dass sich Patienten in unseren Kliniken aufgrund fehlender Sprachkenntnisse der dort praktizierenden Ärzte nicht genügend verständigen können.

Zum Thema Innere Sicherheit fiel den Senioren die mangelnde Präsenz der Polizei bei Notfällen vor Ort auf. Grund dafür ist die vielfach bestehende Unterbesetzung der Dienststellen, die den dort wirkenden Polizeikräften auch bei gutem Willen keine andere Möglichkeit lässt. Wie kürzlich der bayerische Innenminister Joachim Hermann bekannt gab, wurden in den letzten fünf Jahren 6 500 Nachwuchsbeamte eingestellt. Diese Personalplanung lässt eine Verbesserung der Situation erwarten. Bleibt zu hoffen, dass sich auch bei den vorher behandelten Themen in Zukunft Möglichkeiten zur Änderung der Lage ergeben. Die Senioren setzen ihre Erwartungen hier vor allem in die Politik der Union.

Als abschließendes Themengebiet, das den Senioren Sorge bereitet, ist die Diskriminierung der älteren Bevölkerung in den Medien. Wie kürzlich geschehen, wird bei aktuellen telefonischen Umfragen eines Radiosenders ein über Sechzigjähriger nicht mehr zu seiner Meinung befragt. Scheinbar ist ein Publikum über 60 für die Medien nicht mehr interessant. Das Ergebnis, sowohl bei Radio- als auch bei Fernsehsendungen, können die Kunden tagtäglich erleben. Außer immer wiederkehrender Selbstbeweihräucherung der einzelnen Sender fällt auf, dass nie eine negative Meinungsäußerung eines Kunden zu hören ist. Die Runde stellte klar, dass kein älterer Rundfunk- oder Fernsehkunde immer nur in Nostalgie schwelgt und sehr wohl auch fähig ist, sich moderner Musik und Medien zuzuwenden. Aber die Missachtung der älteren Generation als Kunden sollten sich die Älteren nicht gefallen lassen, schließlich zahlen auch sie ihre Gebühren. Dies war ein Herzenswunsch der Gesprächsrunde.

Der Vorsitzende Helmut Stieß dankte allen Beteiligten für die interessanten Anregungen.